



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 11. Februar 2014

P135520

Interpellation Nr. 114 Mirjam Ballmer betreffend radioaktives Wasser aus havarierten AKW; schriftliche Beantwortung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Dem Regierungsrat ist die Sicherheit der Trinkwasserversorgung ein grosses Anliegen. Er ist sich bewusst, dass bei einem schweren Störfall in einem AKW oder durch Grundwasserbeeinträchtigungen durch die Chemiemülldeponie Feldreben auch die Trinkwasserversorgung von Basel-Stadt stark beeinträchtigt werden kann. Die Vertreter des Kantons Basel-Stadt bringen mit grosser Beharrlichkeit die Anliegen der Basler Bevölkerung bei den zuständigen Behörden ein. Zentral aus Sicht von Basel-Stadt wird die Überarbeitung des Notfallschutzkonzeptes sein und dabei insbesondere die Massnahmen, welche die langfristigen Konsequenzen eines schweren Störfalles adressieren. Dazu ist auch die Gewährleistung einer sicheren Trinkwasserversorgung zu zählen. Eine erste Bilanz der Ergebnisse der weiteren Arbeiten, in die sich auch der Kanton Basel-Stadt weiterhin einbringt, kann frühestens Ende 2014 gezogen werden. Als wichtige Vorsorgemassnahme in eigener Kompetenz erachten die Wasserversorger eine permanente Radioaktivitätsüberwachung des Rohwassers mit kontinuierlichen Messsystemen. Im Rahmen eines Pilotprojektes, das die Industriellen Werke Basel beim Bundesamt für Gesundheit initiiert hat, wurde eine entsprechende Messsonde in Basel bereits installiert und eine Testphase gestartet. Die erhobenen Daten sollen zudem den zuständigen kantonalen Stellen eine von den AKWs unabhängige, laufende Auswertung der Radioaktivität im Rhein ermöglichen.

Bezüglich der Sanierung der Chemiemülldeponie Feldreben und deren Auswirkungen auf das Grundwasser verweist der Regierungsrat auf die Ausführungen des Amtes für Umweltschutz und Energie Kanton Basel-Landschaft, welches derzeit die Pläne zur Sanierung der Deponie Feldreben prüft und anschliessend die notwendigen Sanierungsmassnah-

men verfügen wird. Der Regierungsrat geht davon aus, dass mit dem nun eingereichten Sanierungsprojekt die Grenzwerte für Schadstoffe im Grundwasser eingehalten werden.

